

Selbstmitleid?

Zum freundlichen Echo auf ein aufmunterndes Bischofswort

Der erst unlängst in sein Amt gewählte Bischof der Württembergischen Landeskirche, *Eberhard Renz*, erntete viel Beifall, als er vor der Synode seiner Kirche in diesem Frühjahr feststellte, zu viele in der Kirche ergingen sich in Selbstmitleid. Man solle weniger jammern, dafür den zweifellos vorhandenen Lebensreichtum in der Kirche wahrnehmen und statt Besitzstände zu wahren, die Prioritäten neu ordnen und überlegen „wo neue Stellen eingerichtet werden müssen, um das Evangelium in dieser Welt zur Sprache zu bringen“, anstatt „nur noch um sich selbst zu kreisen“.

Das freundliche Echo auf die aufmunternden Worte reichte weit über die Württembergische Landeskirche hinaus. Kein Wunder. Jeremiaden sind im Kirchenalltag ja beinahe zur Regel geworden, in der katholischen Kirche, denkt man an so manchen Hirtenbrief auch dieses Jahres, noch auffallender als in der evangelischen. Da fällt es fast schon auf, wenn ein Oberhirte, wie wenige Wochen vorher, Bischof *Joachim Wanke* von Erfurt, seine Freude darüber bekundet, seinen Bischofsdienst „in einer hochinteressanten Zeit auszuüben“ und die Seinen ermuntert, „die groß gewordene Chance für eine glaubwürdige Weise des Christseins zu nutzen“.

Nun gibt es allerdings aus kirchlicher Perspektive, blickt man nur auf die gesellschaftlich wahrnehmbaren Erfolgsaussichten, auch wenig Grund zu überschäumender Fröhlichkeit: Bei jeder Zusatzsteuer schwellen die Kirchenaustritte an; die gezielt bissigen bis absichtsvoll verletzenden Kommentare in einschlägigen Magazinen, Büchern und Fernsehsendungen kommen dazu. Jede Konfession hat mit beträchtlichen in-

nerkirchlichen Spannungen zu kämpfen. „Modernisten“ und „Traditionalisten“ unterschiedlicher Färbung und Hörigkeit leben sich auseinander; die Überalterung der Gottesdienstgemeinden schreitet fort. Das bereitet nicht nur Bischöfen, Prälaten und Synodalen Sorgen, sondern einem jeden, der es mit dem christlichen Glauben ernst meint und davon überzeugt ist, daß Menschen seine guten Wirkungen gerade heute besonders nötig haben.

Es ist ja nicht so, wie ein Thesenpapier aus dem Dunstkreis katholischer Mainzer Fernseh-Gurus unlängst keck behauptete, daß bereits das „postsäkulare“ Zeitalter angebrochen wäre, als ob überall „religionsproduktive“ Veränderungen vor sich gingen, die die Leute nach transzendenter Sinngebung, die Jungen zumal, geradezu hungerten und die Kirchen nur aus ihren Museumskellern heraus und „auf die Plätze, in die Zeitungen, in die Talk-Shows, auf die Kongresse und Messen“ gehen müßten, um als produktive Glaubensverkündiger die Menschenmassen in seelenerschütternde Erweckungszustände versetzen zu können. Offenbar wird nicht nur im „geschlossenen Kommunikationsraum Kirche“ auf Binnensicht gefahren, sondern auch von Kommunikationsmeistern die eigene Fernsehwelt mit der privaten und öffentlichen Lebenswirklichkeit säkularer Zeitgenossen verwechselt – mit dem speziellen Nachteil, daß drüber auch noch die Substanz im eigenen Glaubensverständnis verloren geht.

Nein, die vom Christentum selbst mitgeschaffene säkulare Lebenswelt ist und bleibt für die christlichen Kirchen ein hartes Pflaster. Aber sie täten sich vielleicht leichter, wenn sie weniger auf die abbröckelnden institutionellen Sicherheiten starrten und nicht so täten, als ob in der religiös privatisierten Welt der Gegenwart kirchliche Seelsorge und Präsenz in der Gesellschaft nach den Regeln der alten Verzahnung von kirchlichen und gesellschaftlichen (staatlichen) Einrichtungen stattfinden könnte, als ob Kirche nicht nur einen Öffentlichkeitsauftrag hätte, sondern

die Öffentlichkeit in ihrer heutigen Struktur weiter als privilegierter Raum kirchlichem Wirken zur Verfügung stünde.

Im Grunde führt das nur zu einem den kirchlichen Verkündigungsauftrag und das Glaubenszeugnis im kirchlichen Vollzug verwischenden Gleichstellung von Kirche mit beliebigen Dienstleistern, an die dann auch die einschlägigen Erwartungen gerichtet werden: Die beiden Kirchen seien, so ist gelegentlich zu hören, nach dem Staat der größte Arbeitgeber, also sollen sie auf eigenem Terrain beispielhaft die Arbeitslosigkeit bekämpfen, als ob Kirche nicht für Glaubensverkündigung, Seelsorge und Caritas, sondern für Beschäftigungspolitik zuständig wäre.

Wo institutioneller (und auch traditionsgeschichtlicher) Ballast an der Beweglichkeit und Kommunikation behindert, wird dieser nach und nach abgeworfen werden müssen, auch wenn das Traditionsgüter und noch mehr gesellschaftliche Prestige kostet. Der u.a. wegen der Kirchenaustritte *eng gewordene Finanzrahmen* könnte aber z.B. genutzt werden, um mehr private Spender im Kirchenvolk zu mobilisieren – vorbeugend auch für die Zeit, wo das Kirchensteueraufkommen einmal ganz ausfallen kann. Es besteht nicht der Eindruck, daß Kirchen, denen diese Einnahmequelle nicht zur Verfügung steht, religiös weniger lebendig und in der Bevölkerung ihrer Länder schwächer verankert wären. Im Gegenteil! Man muß sich fragen wie es um die kirchliche Lebendigkeit, um die Mobilisierung der Mitarbeit der Christen vor Ort bestellt ist, wenn wegen der Streichung einer staatlich finanzierten Lehrkraft ein ganzes örtliches Bildungswerk zusammenbricht.

Und die Angriffe von außen, der Geifer der kircheninvestigativen Publizistik in den einschlägigen Magazinen? Kirche könnte dem sehr viel gelassener begegnen, wenn sie sich wirklich bewußt machte, daß sie in der säkularen Öffentlichkeit keinen Schonraum hat und auch keinen solchen braucht. Beleidigtsein reizt nur den Angreifer

und macht ihn wichtiger, als er ist. Kirche hat es nicht nötig, sich gegen jeden unflätigen Anwurf zu rechtfertigen oder sich darob zu bedauern. Sie hat als Glaubensgemeinschaft genügend humane Substanz. se

Mahnung

EKD-Stellungnahme zum Klimaproblem

„Das Prinzip einer vernünftigen Vorsorge verlangt schützende Vorkehrungen auch vor nur möglich erscheinenden Gefahren, besonders dann, wenn viele ernstzunehmende Anzeichen auf sie hinweisen und die Gefahr von nicht umkehrbaren Folgen droht“ – so lautet ein Kernsatz aus der Studie „Gefährdetes Klima – unsere Verantwortung für Gottes Schöpfung“, die im Vorfeld der dieser Tage in Berlin stattfindenden 1. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen vom Beirat des Beauftragten des Rates der EKD für Umweltfragen vorgelegt wurde.

Im Expertenstreit über die Wahrscheinlichkeit künftiger Klimaveränderungen mit einschneidenden Folgen für das Leben auf der Erde bezieht die Studie nicht Partei. Vielmehr hält sie nüchtern fest, wissenschaftlich sei heute nicht sicher vorhersehbar, welche Rückwirkungen die primäre Erwärmung im Ökosystem Erde auslöse; mit noch geringerer Sicherheit und Genauigkeit ließen sich regionale Auswirkungen auf das Wetter und andere Lebensbedingungen vorhersagen. Aber gleichzeitig gilt für die Autoren: „Mit der derzeitigen Emission von Treibhausgasen manipuliert die Menschheit an einem globalen Umweltparameter von ungeheurer Tragweite.“

Zum einen listet der Text die verschiedenen konkreten Problemfelder auf, auf denen heute im Interesse der Schadensbegrenzung angesichts der Klimafährdung ein Umdenken beginnen müsse: Möglichkeiten zur CO₂-Minderung beim Umgang mit Energie, Ein-

sparpotentiale bei der Raumwärme, Förderung regenerativer Energiequellen, Veränderungen im Mobilitätsverhalten, Reduktion der klimaschädigenden Emissionen in der Landwirtschaft, Auswirkungen auf das Verhältnis zwischen Nord und Süd. Zum anderen stellt er das grundsätzliche Problem heraus, das sich im Zusammenhang mit den absehbaren bzw. wahrscheinlichen Klimaveränderungen stellt. Wie läßt sich erreichen, daß die einzelnen Menschen wie die politisch Verantwortlichen über den Tellerrand des Tagesgeschäfts hinausschauen und längerfristige Perspektiven in ihr Handeln einbeziehen?

Hier sieht die Studie eine wichtige Aufgabe für die Kirche. Sie sollte „der zurückgedrängten Einsicht in die Notwendigkeit einer kurzfristigen Reaktion auf eine langfristige Bedrohung so Geltung verschaffen, daß sie die Spielräume für eine diesem Problem angemessene Politik erweitern hilft“. Der Text bezeichnet die Kirche als eine wichtige gesellschaftliche Organisation, die unterschiedliche Interessen übergreife und als Anwalt derer Gehör finde, die wie die nachfolgenden Generationen keine politisch oder gesellschaftlich wirksame Stimme hätten.

An anderer Stelle heißt es, anders als die Parteien müßten und könnten die Kirchen der Bevölkerung die Augen für die Konsequenzen der aus Klimaschutzgründen geforderten Veränderungen ihrer Lebensweise öffnen: Fühlbare Einschränkungen und wirkliche Einbußen an erreichtem materiellem Lebensstandard und die Aufgabe von Besitzständen. In den Kirchen sei noch die Vorstellung lebendig, „daß die Lebensqualität nicht von einem hohen Lebensstandard abhängig ist“.

Im Vorwort zu der Studie schreibt der EKD-Ratsvorsitzende, Landesbischof Klaus Engelhardt, diese sei kein abschließendes Wort der Evangelischen Kirche in Deutschland, sondern ein Impuls für das weiterführende Gespräch über Strategien und Maßnahmen gegen die drohenden Gefahren für unser Erdklima. Dabei müsse man auch in der Kirche das Gespräch für

unterschiedliche Positionen offen halten. Damit ist nicht gesagt, daß die Kirche in ihrem eigenen Verantwortungsbereich nicht schon entsprechende konkrete Maßnahmen ergreifen könnte: Die Studie nennt hier etliche Beispiele und fordert die Landeskirchen und ihre Werke insgesamt auf, sich ein ähnlich anspruchsvolles CO₂-Reduktionsziel wie die Bundesregierung vorzunehmen.

Es bleibt gerade angesichts dieser Klima-Studie aus der EKD die Frage, ob der gesellschaftliche Einfluß der Kirche noch so groß ist, wie es der Text annimmt bzw. zumindest hofft. Sie kann und muß zwar an ihre Gläubigen wie an die Politiker appellieren und die Fachdiskussion möglichst kompetent verfolgen und auswerten. Aber auch sie weiß keinen Königsweg angesichts des Spannungsfelds von individueller Verhaltensänderung, mühsamer politischer Kleinarbeit und teilweise widersprüchlichen gesellschaftlichen Trends. ru

Spaltung

Italiens Katholiken werden sich umstellen müssen

Im Schatten der turbulenten Märzereignisse, wo die italienische Lira wegen der instabilen innenpolitischen Verhältnisse in den Währungskeller rutschte und Ministerpräsident Alberto Dini mit seinem Technikerkabinett bis zum letzten Augenblick um die finanzpolitisch zwingend notwendige Verabschiedung eines Nachtragshaushalts von rund 17 Mrd. DM bangen mußte, spielte sich unter den ehemaligen Christdemokraten, den heutigen Popolari, eine parteipolitische Tragödie ab mit einer Szenenfolge, die italienische Kommentatoren nicht zu Unrecht mit kirchlich-politischen Machtkämpfen des Mittelalters (mit Papstwahl, Papstabsetzung und Gegenpapstwahl, mit Spaltung von Kirche und Reich) vergleichen haben.